

15 Wahlprüfsteine

# Wahlprüfsteine des SoVD zu den Bezirksversammlungs- wahlen 2014



# Inhalt

Vorwort von Klaus Wicher.....	3
-------------------------------	---

## **Wahlprüfsteine des SoVD zu den Bezirksversammlungenwahlen 2014**

1. Bezirkliche Wohn-Pflege-Aufsicht personell und qualitativ ausbauen .....	5
2. Die Familien mit Pflegefällen auch finanziell nicht im Stich lassen .....	6
3. Erhalt und Ausbau der Seniorentreffs in den Bezirken .....	7
4. Die bezirklichen Seniorenberatungsstellen weiter regionalisieren und ausbauen .....	8
5. Alle bezirklichen Kundenzentren erhalten, weitere aufbauen .....	9
6. Seniorenmitwirkung verankern .....	10
7. Stadtteilbeiräte verstetigen und weiter entwickeln .....	11
8. Sichere Mobilität: Gehwege reparieren, besser beleuchten und zuverlässig von Schnee räumen .....	12
9. Die soziale Stadt braucht einen sozialen öffentlichen Nahverkehr, der jeden Stadtteil erreicht .....	14
10. Sozialen Wohnraum planen, genehmigen, bauen und bereitstellen .....	15
11. Soziale Dienste personell besser ausstatten, qualifizieren und besolden .....	17
12. Inklusion als Normalität – den Sozialraum verlässlich gestalten .....	18
13. Soziale Einrichtungen im Bezirk verlässlich finanzieren! .....	20
14. Offene Kinder- und Jugendarbeit behutsam umsteuern .....	21
15. Menschen in Hamburg brauchen Grün im Quartier .....	22

Herausgeber:

Sozialverband Deutschland e.V., Landesverband Hamburg

Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg, Telefon (040) 611607-0

Mail: [info@sovd-hh.de](mailto:info@sovd-hh.de) | Web: [www.sovd-hh.de](http://www.sovd-hh.de) | WebTV: [www.sovd-tv.de](http://www.sovd-tv.de)

# Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,



am 25. Mai 2014 werden die Bezirksversammlungen in allen sieben Hamburger Bezirken neu gewählt. Dies ist die Chance für Sie, auf die Zusammensetzung der Bezirksparlamente Einfluss zu nehmen und so Entscheidungen in ihrem Bezirk grundlegend mitzubestimmen.

Die Bezirkspolitikerinnen und Bezirkspolitiker formulieren politische Interessen des Bezirkes gegenüber Bürgerschaft und Senat. Auch nehmen sie auf Beteiligungsformen der Bürgerinnen und Bürger Einfluss. So ist es bedeutsam, wenn sich der Sozialausschuss des Bezirkes verpflichtend mit der Seniorenpolitik befasst und den Seniorenvertretungen Mitbestimmungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Gutes Wohnen und Leben in den Quartieren und Stadtteilen wird auch davon bestimmt, ob es gut erreichbare öffentliche Einrichtungen wie Kundenzentren, Familienberatungsstellen, Bauspielplätze, Häuser der Jugend oder etwa Haushaltshilfen für Ältere gibt. Solche stadtteilnahen Leistungen sind insbesondere für immer mehr alte, behinderte, bewegungseingeschränkte und junge Menschen von zentraler Bedeutung, wenn sie an der Gesellschaft teilhaben und nicht aus ihrem Quartier vertrieben werden sollen. Durch die Planung z.B. der Bebauung, der Verkehrswege, neuer Grün- und Erholungsanlagen, von Spielplätzen nehmen die Bezirke zum Teil massiv Einfluss auf das Wohnumfeld. Hierzu gehört ebenfalls die Beachtung des Naturschutzes und der sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner.

Nicht erst durch die tragischen Todesfälle von Kindern ist uns bewusst geworden, dass eine funktionierende Jugendhilfe unabdingbar ist. Beratungsangebote in Krisen- und Konfliktsituationen, in Fragen **3**

der Partnerschaft, Trennung und Scheidung gehören hierzu. Ebenso ein breites und differenziertes Angebot an individuellen Hilfen zur Erziehung sowie an Eingliederungshilfen. Das Jugendamt geht Hinweisen auf mögliche Kindeswohlgefährdung, z.B. durch Vernachlässigung, Misshandlung und Missbrauch nach und leitet geeignete Maßnahmen zur Abwendung von Gefährdungen ein.

Bezirkliche Politik hat Einfluss auf Wohlbefinden, Gesundheit, Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe sowie Bürgerbeteiligung, mithin auf den Nutzen, den die Stadt für die Menschen hat.

Wir stellen fest: Soziale Spaltung zieht sich durch ganz Hamburg hindurch und wird in den Quartieren erlebbar und sichtbar. Hiergegen müssen wir uns auch auf der bezirklichen Ebene stellen. Soziale Gerechtigkeit und die Beachtung der Menschenwürde sind deswegen auch zentrale Anliegen unserer Wahlprüfsteine.

Der SoVD hat diese Wahlprüfsteine entwickelt, um Ihnen Entscheidungshilfe bei dieser Wahl an die Hand zu geben: Fragen Sie Ihre Kandidatinnen und Kandidaten, lesen Sie die Programme der Parteien!

Hamburg, im März 2014



Klaus Wicher

1. Landesvorsitzender SoVD Hamburg

# Bezirkliche Wohn-Pflege-Aufsicht personell und qualitativ ausbauen

## 1. Wahl- prüfstein

Die bezirkliche Wohn-Pflege-Aufsicht hat eine große Verantwortung. Sie soll nicht nur Senioren mit Unterstützungs- bzw. Pflegebedarf beraten, sondern auch die Betreiber von Einrichtungen bei der Erfüllung der Anforderung des Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetzes unterstützen. Sie hat auch die Aufsicht über die Einhaltung des Gesetzes und soll dafür sorgen, dass Mängel abgestellt werden. Die personelle Ausstattung mit insgesamt 26 Mitarbeitern (2013) dieser Aufsicht lässt allerdings bei derzeit ca. 913 Wohn- und Betreuungseinrichtungen nur eine Prüfung von Senioreneinrichtungen oder Pflegediensten etwa alle sieben Jahre zu (2013 wurden 136 Einrichtungen geprüft) – mit dem Schwerpunkt auf reine Aktenprüfung. Der SoVD fordert *für jeden Bezirk in einem ersten Schritt zwei weitere Mitarbeiter*, um den Prüfrhythmus zu halbieren und deutlich mehr unangemeldete Besuche durchführen zu können.<sup>1</sup>

Ferner müssen die gesetzlichen Abstimmungs- und Zusammenarbeitsvorschriften erfüllt werden. Für die bezirkliche Wohn-Pflege-Aufsicht ist zudem eine aktive Öffentlichkeitsarbeit erforderlich, damit die Bürger auch erfahren, dass sie Meldungen über Missstände an diese bezirkliche Aufsicht richten können. Die Prüfberichte müssen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

---

<sup>1</sup> Vgl. Antwort des Senats auf kleine Anfrage Drs. 20/8281 v. 11.6.2013

# Die Familien mit Pflegefällen auch finanziell nicht im Stich lassen

## 2. Wahlprüfstein

Pflege ist teuer, immer seltener reicht die eigene Rente aus, um die Leistungslücke der Pflegeversicherung zu schließen. Alte Menschen geraten damit zunehmend wegen der Pflegekosten in Konflikt mit ihren unterhaltspflichtigen Kindern. Ein Grund: Die Bürgerschaft hat 2010 die »einkommensabhängige Einzelfallförderung« aus dem *Landespflegegesetz* gestrichen. Anders als in der Sozialhilfe war hier geregelt, dass bei der Übernahme des Investitionskostenanteils im Heimentgelt (entspricht in etwa der Kaltmiete in der eigenen Hauslichkeit) zwar das Einkommen des Pflegebedürftigen voll angerechnet wird, vom Vermögen aber 7.800 Euro statt 2.600 Euro verbleiben und unterhaltspflichtige Kinder keinen Beitrag leisten müssen. Der SoVD fordert die Bezirksversammlungen auf, sich für die Wiederherstellung dieser bewährten Regelung einzusetzen.

# Erhalt und Ausbau der Seniorentreffs in den Bezirken

## 3. Wahlprüfstein

Derzeit gibt es in den Bezirken 90 Seniorentreffs, davon

in Hamburg-Mitte	22
in Wandsbek	19
in Hamburg-Nord	17
in Altona	10
in Eimsbüttel	9
in Harburg	7
in Bergedorf	6

Ständig werden aus Kostengründen einzelne der Seniorentreffs in Frage gestellt bzw. Leistungen eingeschränkt. Besonders wenn für die ehrenamtliche Betreuung aus Altersgründen eine Nachfolge gefunden werden muss, wird mit der Schließung gedroht. *Gebraucht werden sie aber alle.* Denn viele Rentner sind auf Treffpunkte ohne Verzehrzwang angewiesen.<sup>2</sup> Die notwendige Weiterentwicklung des Konzepts der Seniorentreffs muss den Gedanken der Teilhabe weiter verfolgen, ohne den Bestand in Frage zu stellen.

---

<sup>2</sup> [www.hamburg.de/seniorentreffs/128516/liste.html](http://www.hamburg.de/seniorentreffs/128516/liste.html). Abweichend Drs. 20/9718, die nur 83 Treffs nennt. Vgl. auch Drs. 20/672

# Die bezirklichen Seniorenberatungsstellen weiter regionalisieren und ausbauen

## 4. Wahlprüfstein

Die Bezirklichen Seniorenberatungsstellen sind als unabhängiger, stadtteilbezogener Fachdienst für ältere Menschen ab 60 Jahren zu erhalten und weiter zu entwickeln. Sie leisten einen bedeutenden Beitrag, um älteren Menschen das Leben in der gewohnten Umgebung zu erleichtern und ihre Selbstständigkeit zu erhalten. Nicht zuletzt wegen der wachsenden Zahl von Senioren in den Bezirken wird die Bedeutung dieses Angebotes stark zunehmen und auch einen entsprechenden personellen und sachlichen Ausbau notwendig machen. Es muss nicht nur ihre Anzahl in den Stadtteilen erhöht werden, sondern auch ihre Bekanntheit, um den Senioren dieses Angebot besser zugänglich zu machen. Hierzu gehört eine aktive Öffentlichkeitsarbeit der Bezirke.



# Alle bezirklichen Kundenzentren erhalten, weitere aufbauen

## 5. Wahlprüfstein

Für Bürger, die »aufs Amt« müssen – etwa wegen eines neuen Personalausweises –, gibt es in Hamburg die bezirklichen Kundenzentren. Sie haben sich bewährt und werden von den Bürgern wegen der kurzen Wege geschätzt. Seit in Stellingen ein solches Zentrum aus Kostengründen geschlossen wurde, hat Hamburg Ende 2013 nur noch 20 solcher Zentren. Befürchtet wird die Schließung weiterer Kundenzentren. Weniger Kundenzentren bedeuten für die Bürger längere Wege und längere Wartezeiten. Gerade für ältere und behinderte Menschen kann das eine erhebliche Belastung bedeuten. Eine bürgerfreundliche Verwaltung gehört in die Nähe der Bürger. Zu einem dichten Netz von Kundenzentren gehört zusätzlich auch ein mobiler Service, wie er in Wandsbek erprobt wird.

# Seniorenmitwirkung verankern

## 6. Wahlprüfstein

Die Seniorenmitwirkung ist zwar in einem eigenen Gesetz geregelt, findet in der bezirklichen Politik aber dennoch nicht hinreichend statt. Um den bezirklichen Seniorenbeiräten stärker Gehör zu verschaffen, sollten sie eigene Mitwirkungs- und Anhörungsrechte im Beratungsgang der Bezirksversammlungen erhalten. Dies sollte durch Aufnahme entsprechender Regelungen in die jeweiligen *Geschäftsordnungen* der Bezirksversammlungen geschehen.

Der SoVD fordert von allen Bezirksversammlungen die Einrichtung eines *Sozialausschusses* mit der eindeutigen Zuständigkeit für die Seniorenarbeit und Klarheit darüber, welche ihrer Kandidaten sich dafür bereithalten. Mit der künftigen kommunalen Pflegestrukturplanung in den Stadtteilen kommt auf die Bezirke noch eine bedeutende fachliche Aufgabe zu.

Im Rahmen des Paktes für Prävention sind in den Bezirken »Gesundheitskonferenzen« entstanden bis hin zu einem kommunalen Gesundheitsförderungsmanagement (Bergedorf). Unterdes sind die bezirklichen Anstrengungen zur Gesundheitsförderung zu einer Vielfalt gelangt, die eine bezirksübergreifende Abstimmung mit der Fachbehörde notwendig erscheinen lassen.

# Stadtteilbeiräte verstetigen und weiter entwickeln

## 7. Wahlprüfstein

Im Zuge des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU)<sup>3</sup> konnten in den Bezirken positive Erfahrungen mit neuen Formen der Bürgerbeteiligung gemacht werden. Insbesondere die Stadtteilbeiräte haben sich vielerorts bewährt, wenn sie ehrenamtliches Engagement und professionelle Kompetenz im Stadtteil erfolgreich miteinander ins Gespräch bringen konnten. Sie sind jedoch ohne die städtebaupolitische Förderkulisse des RISE nicht aufrecht zu erhalten. Deshalb sollten die Bezirke bzw. die Bezirksversammlungen in die Lage versetzt werden, Stadtteilbeiräte auch in eigener Zuständigkeit einzusetzen und finanziell auszustatten.<sup>4</sup>

Damit könnte nicht nur eine wichtige Weiterentwicklung kommunaler Demokratie ermöglicht werden, sondern auch ein wesentlicher sozialpolitischer Impuls zur sozialräumlichen Gestaltung der Stadtteile gesetzt werden.

Die erfolgreiche Arbeit bestehender Stadtteilbeiräte darf aber nicht durch Stellenstreichungen der bezirklichen Gebietskoordinatoren gefährdet werden.

---

<sup>3</sup> Zur integrierten Stadtteilentwicklung (RISE) vgl. Drs. 20/3827 v. 24.05.2012

<sup>4</sup> Weitergehend: Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte: Zweite Resolution zur Verstetigung und Ausweitung der Stadtteilbeiräte in Hamburg, vom 16.7.2013

# Sichere Mobilität: Gehwege reparieren, besser beleuchten und zuverlässig von Schnee räumen

## 8. Wahlprüfstein

Nicht nur behinderte Menschen sind auf eine barrierefreie Stadt angewiesen: Pro Jahr verunglücken im Hamburger Verkehr mehr als 10.000 Senioren, knapp 1.000 tragen dabei Verletzungen davon. Nach der Unfallstatistik sind im Jahr 2012 insgesamt 148 Senioren als Fußgänger verunglückt.<sup>5</sup> Gerade alte Menschen tragen nach einfachen Stürzen oft schwere Verletzungen davon. Deshalb ist der miserable Zustand vieler Gehwege für sie eine ernste Gefahr. Wer auf den Rollator oder den Rollstuhl angewiesen ist, kann über gebrochene Gehwegplatten und Pfützen nicht einfach hinwegspringen. Es fehlt offenbar schon die regelmäßige Kontrolle durch den bezirklichen Wegewart. Der »Online-Wegewart« ist eine gute Ergänzung, jedoch kein hinreichender Ersatz. Es fehlt aber vor allem an öffentlichen Mitteln für die Instandhaltung. Und die wenigen Mittel werden vorwiegend zugunsten des Autoverkehrs eingesetzt.<sup>6</sup> Der SoVD fordert deshalb eine höhere Priorität für die Sanierung von Geh- und Radwegen.

Nicht länger akzeptabel ist auch die mangelhafte Beleuchtung der meisten Gehwege. Seit die auf die Fahrbahnen ausgerichtete Straßenbeleuchtung aus Kostengründen überall reduziert wurde, liegen die Gehwege meist im Dunkeln. Katastrophal wird es bei Schneefall und unklaren Räumpflichten wie z.B. auf Brücken, wo die Gehwege – mangels Anliegern – oft überhaupt nicht geräumt werden.

Zum öffentlichen Raum gehören erreichbare öffentliche Toiletten. Sie müssen durch sichtbare Ausschilderungen besser auffindbar werden. Ihre Öffnungszeiten sollten sich an den üblichen Öffnungszeiten im Einzelhandel und in der Gastronomie orientieren. Und sie müssen so gewartet werden, dass ihr hygienischer Zustand stets ein-

---

<sup>5</sup> Vorstellung der Unfallbilanz 2012 vom April 2013: [www.hamburg.de/innenbehoerde/nofl/3904530/2013-04-04-bis-pm-vus-2012.html](http://www.hamburg.de/innenbehoerde/nofl/3904530/2013-04-04-bis-pm-vus-2012.html)

<sup>6</sup> So der Senat auch in seiner jüngsten Drucksache 20/10333 v. 17.12.2013 zum Thema. Zum Zustand der Radwege vgl. die 80-Seiten-Schadentabelle des Senats in Drs. 20/10357 v. 7.1.2014

wandfrei ist. Von den insgesamt rd. 300 öffentlichen WC-Anlagen betreibt die Stadt nur noch 58.<sup>7</sup>

Nicht nur in der Innenstadt, sondern auch in den Wohnvierteln muss im Übrigen das Falschparken auf Geh- und Radwegen konsequent verfolgt und geahndet werden.

---

<sup>7</sup> Drs. 20/3771 v. 17.4.2012; für Betrieb und Instandhaltung gibt die Stadt rd. 2 Mio. € im Jahr aus.

# Die soziale Stadt braucht einen sozialen öffentlichen Nahverkehr, der jeden Stadtteil erreicht

## 9. Wahlprüfstein

Ohne öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) gibt es für die meisten Menschen in der Stadt keine Mobilität. Selbst die Autofahrer sind auf ihn angewiesen, denn ohne ÖPNV stünden sie nur im Stau. Wesentliche Bedingungen für einen sozialen ÖPNV muss aber die Landespolitik schaffen: Günstige Fahrpreise zählen ebenso dazu wie auch ein Sozialtarif bzw. eine Seniorenkarte ohne Uhrzeitbarriere. Dazu gehören auch der barrierefreie Ausbau und Großinvestitionen zum Linienausbau – nicht nur zur Erschließung neuer Immobilienparadiese wie der Hafen-City.

Sache der Bezirke ist dagegen die sorgfältige Arbeit im Detail: Das Busbeschleunigungsprogramm darf nicht auf Kosten des Verkehrsraums der Fußgänger und Radfahrer realisiert werden. Die Haltestellen müssen sich dort befinden, wo sie erforderlich sind, nicht wo das Opfer an Parkplätzen am geringsten scheint. Und sie müssen mit Regenschutz und Sitzbank ausgestattet werden. Der Ausbau des schienegebundenen Nahverkehrs muss gleichwohl weiter Vorrang genießen. Für behinderte Menschen und solche, die Einschränkungen ihrer Orientierung haben, erleichtern Rufbusse und Abholdienste die Nutzung des ÖPNV ganz wesentlich.

# Sozialen Wohnraum planen, genehmigen, bauen und bereitstellen

## 10. Wahlprüfstein

Bebauungspläne und Baugenehmigungen gehören zum Kerngeschäft kommunaler Politik. Seit die Bürgerschaft aber vor zehn Jahren das Baurecht dereguliert hat, haben Spekulanten mehr Einfluss auf das Baugeschehen als die Bezirkspolitik. Zusätzlich wurde das übergeordnete Planungsrecht durch »vorhabenbezogene Bebauungspläne« ausgehebelt. Das Ergebnis kann man heute an vielen Stellen sehen: Eine »Verdichtung« von Wohnraum wie im Hamburg des 19. Jahrhunderts. Es drohen der Stadt neuzeitliche, hochprofitable Gängeviertel. Dadurch wird sogar der Abbruch klassischer Wohnbauten in der inneren Stadt wirtschaftlich lohnend. Zunehmend wird für den Neubau von Wohnungen bestehender Wohnraum abgebrochen.<sup>8</sup>

Der SoVD fordert deshalb die Wiederherstellung der bewährten Regeln zu den *Abstandsflächen* sowie eine präzise *Wohnungsstatistik*. *Bebauungspläne* dürfen nicht vorhabenbezogen maßgeschneidert werden, sie sollen vielmehr auch langfristig soziale Belange stadträumlich sichern (Gemeinbedarfsflächen) und der Stadtgestalt förderlich sein (Erhaltungssatzungen nach § 172 BauGB).

Die städtische Liegenschaftspolitik liegt heute zentralisiert beim Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG). Sie folgt weitgehend fiskalischen Zielen, statt durch konsequente Ausübung der kommunalen *Vorkaufsrechte* den städtischen Grundbesitz langfristig zu erweitern. Der SoVD fordert, die *Liegenschaftspolitik* neu zu justieren.

Der Neubau von sozialem Wohnraum, insbesondere von Sozialwohnungen und altengerechten Wohnungen, lässt sich langfristig nur mit *sozial orientierten Eigentümern* betreiben, das sind in Hamburg vor allem die Wohnungsbaugenossenschaften und die städtischen Wohnungsgesellschaften. Auf sie sollte sich die Förderpra-

---

<sup>8</sup> Vgl. HH-Bü Drs. 20/8037 v. 24.5.2013

xis – auch bei der Grundstücksvergabe – konzentrieren. Der SoVD erwartet, dass im Zuge des Wohnungsneubaus auch ein deutlicher Beitrag zur Hilfe für die von *Obdachlosigkeit* betroffenen Menschen verwirklicht wird.

Die bewährten *Fachstellen für Wohnungsnotfälle* in den Bezirken sind personell so zu verstärken, dass Betroffene in Notlagen zur Vermeidung von Wohnungsverlust kurzfristig Hilfe erhalten. Dazu gehört aber auch die Begleitung und ggf. Intervention bei Zwangsräumungen.



# Soziale Dienste personell besser ausstatten, qualifizieren und besolden

## 11. Wahlprüfstein

Die allgemeinen sozialen Dienste in den Bezirken (ASD) sind ein maßgeblicher Faktor für das soziale Klima in einem Bezirk. Soziale Problemstellungen der Bürger müssen hier konkret und im Einzelfall gelöst werden. In den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerät der ASD nur selten, allenfalls in Verbindung mit tragischen Todesfällen von Kindern.

Engagierte Arbeit in den Sozialdienststellen erfordert aber auch einen engagierten Dienstherrn, der durch angemessene Ausstattung und Arbeitsbedingungen (u.a. auch rechtliche Absicherung) den Einsatz seiner Mitarbeiter honoriert. Der SoVD fordert deshalb eine *weitere Einstellungs- und Qualifizierungsoffensive für den ASD* in den Bezirken.<sup>9</sup> Die sozialpädagogische und familienbezogene Arbeit des ASD sollte wieder in den Vordergrund treten, die Tätigkeit am Bildschirm mit EDV-gestützter Fallverwaltung sollte nicht die Arbeit des ASD prägen. Die Hilfen zur Erziehung sollten als Mittel der Wahl ohne sachfremde finanzielle Vorbehalte zur Geltung kommen.

Im Bereich der Behindertenhilfe in Hamburg werden die finanziellen Restriktionen immer stärker spürbar. Dabei werden – gemessen an den Rechtsnormen – sogar Rückschritte in Kauf genommen. So ist eine mehrmonatige Wartezeit zwischen Antragstellung und Bewilligung nicht akzeptabel. Der SoVD fordert hier Abhilfe und Rückkehr zur Einhaltung der im SGB IX normierten Laufzeit von Antragstellung und Bewilligung. Notwendig scheint dafür auch eine *bessere Personalausstattung in der Leistungsgewährung der Eingliederungshilfe* bei den Grundsicherungsämtern und dem Fachamt Eingliederungshilfe in Wandsbek. Die Bezirksversammlungen müssen sich hierfür entsprechend einsetzen.

---

<sup>9</sup> Vgl. Drucksache 20/5607 20. Wahlperiode 20.11.12

# Inklusion als Normalität – den Sozialraum verlässlich gestalten

## 12. Wahlprüfstein

Die Neuorientierung sozialer Hilfsangebote auf sozialräumliche Nähe ist eine der großen sozialpolitischen Reformaufgaben der Gegenwart. Mit der bevorstehenden Reform der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen wird diese Aufgabe einen neuen Schub erhalten. Inklusion als Normalität bietet für alle Bürger die Chance auf ein sozialeres Lebensumfeld, in der Hilfe immer in der Nähe ist.

Kommunale Politik muss sich dieser Thematik annehmen und auf die – soziale – Nahraumversorgung einen aufmerksamen Blick werfen. Eine ausgewogene Präsenz von medizinischen Einrichtungen bis hin zu solchen der psycho-sozialen Betreuung ist eine ständige Aufgabe. Es gibt zahlreiche Unterstützungsangebote in Hamburg, die zunehmend auch transparent dargestellt sind.<sup>10</sup>

Die Angebotsvielfalt in sozialräumlicher Nähe erschließt sich für den unterstützungsbedürftigen Bürger jedoch nicht von allein. Mit dem Projekt »Q8« wurde in Hamburg beispielhaft aufgezeigt, wie mit überschaubarem Personalaufwand *sozialräumliche Vernetzung im Stadtteil* erfolgreich gestaltet werden kann. Nach diesem Vorbild sollte in den Bezirken aktiv vorgegangen werden, um in jedem Stadtteil für die Bürger ein engmaschiges Netz kooperierender sozialer Einrichtungen aufzubauen.

Der Ausbau von Sozialraumcentern kann die aufsuchende Hilfe nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Notwendig bleibt eine Form von Stadtteilsozialarbeit, welche sich zu den Menschen begibt und sie in ihrem direkten Lebensumfeld unterstützt. Nicht alle unterstützungsbedürftigen Menschen können oder wollen in Center gehen.

Auch die Arbeitsmarktpolitik, namentlich die Arbeitsförderung sollte aus dem Sozialraum neue Impulse erhalten durch eine kommu-

---

<sup>10</sup> Vgl. u.a. die kartographische Erfassung von Einrichtungen unter [www.hamburg.de/soziale-stadtkarte](http://www.hamburg.de/soziale-stadtkarte)

nale Ausrichtung von Maßnahmen zur Förderung von Qualifizierung und Arbeit. Dies erfordert einen deutlichen Ausbau regionaler Angebote sowie von regionaler Beratung und Assistenz. Die Leistungsträger müssen ihre Maßnahmen besser miteinander abstimmen. Notwendig sind nicht Sanktionen der Arbeitsverwaltung, sondern bedarfsgerechte und hochwertige Unterstützung der arbeitslosen Menschen. Dabei müssen auch ganzjährig ausreichend Fördermittel insbesondere für schwerbehinderte Menschen zur Verfügung stehen. Es ist nicht akzeptabel, wenn schon Mitte des Jahres keine Anträge mehr wegen fehlender Mittel gestellt werden können.

# Soziale Einrichtungen im Bezirk verlässlich finanzieren!

## 13. Wahl- prüfstein

Die Haushaltspolitik des Senats führt an vielen Stellen zu einer Bedrohung des sozialen Lebens in der Stadt. Der neue Quartiersfonds der Bürgerschaft – ausgestattet mit 1,5 Mio. € – hat in den letzten beiden Jahren in vielen Fällen geholfen, schwere Schäden in der sozialen Infrastruktur zumindest vorübergehend zu vermeiden. Weitere Friktionen sind jedoch absehbar, deshalb muss das »Notventil« des Quartiersfonds dringend auf höheren Druck vorbereitet werden. Eine Verdoppelung des Quartiersfonds sowie eine Ausweitung der bezirklichen Sondermittel könnten hilfreich wirken.

Den sozialen und sozio-kulturellen Einrichtungen in den Stadtteilen ist jedoch mit einem Notventil – wie dem Quartiersfonds oder der Tronc-Abgabe – nicht geholfen. Sie bedürfen verlässlicher und auch finanziell dauerhaft gesicherter Bedingungen. Dazu gehört auch der notwendige Tarifausgleich in den Zuwendungen, wenn nicht schon mittelfristig ihre Personalausstattung ernsthaft gefährdet werden soll. Bürgertreffs, Community-Center und Stadtteilkulturzentren wie auch die Geschichtswerkstätten sind in den Stadtteilen unverzichtbar. Initiativen zur Ausweitung und Neugründung dürfen nicht entmutigt werden, sondern müssen in der kommunalen Politik Unterstützung und Beistand erfahren.

Der SoVD fordert, dieses Ziel im Sinne der Ziele und Aufgaben einer integrierten sozialen Stadtteilentwicklung weiter zu verfolgen und in allen Stadtteilern auszubauen. Erforderlich sind eine Mischung aus Bürgertreffs, Beratungs-, Bildungsangeboten und Freizeitgestaltung.

# Offene Kinder- und Jugendarbeit behutsam umsteuern

## 14. Wahl- prüfstein

Viele Kinder bleiben heute tagsüber länger in der Schule. Der SoVD begrüßt den Ausbau der Ganztagschule, weil sie vielen Kindern auch bessere Integrationschancen bringt. Aber für die bewährten Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendhilfe ändert sich damit auch der Rahmen ihrer Tätigkeit grundlegend. Sie müssen ihr Angebot auf die neuen Bedingungen ausrichten, ohne es dabei qualitativ zu verkürzen.

Für die Jugendhilfeausschüsse der Bezirksversammlungen erwächst daraus eine große Herausforderung, denn sie müssen steuernd und gestaltend eingreifen, wo früher die Verteilung der Mittel an die Träger ausreichte. Angesichts der sich verschärfenden sozialen Segregation in der Stadt – mindestens 50.000 Hamburger Kinder sind auf Hartz IV angewiesen – kommt es jetzt darauf an, die Angebote der Einrichtungen auf die Unterstützung besonders benachteiligter Kinder und Jugendlicher auszurichten.

In dieser Phase der Neuorientierung bedürfen die Einrichtungen eines zuverlässigen Rückhalts durch ihre Bezirke. Einschließlich einer Bewirtschaftungsreserve von 5 Mio. € stehen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Familienhilfe und für sozialraumorientierte Hilfen im Jahre 2014 rd. 49,5 Mio. € aus Haushaltsmitteln zur Verfügung. Allerdings werden in den Bezirken Eimsbüttel, Nord, Wandsbek und Harburg insgesamt 25 Einrichtungen im Jahre 2014 weniger Mittel erhalten als im Vorjahr, für weitere sechs Einrichtungen wird die Förderung beendet.<sup>11</sup>

Tarifierhöhungen dürfen nicht zu Leistungskürzungen führen. Der Umsteuerungsprozess bedarf einer externen wissenschaftlichen Evaluation.

---

<sup>11</sup> Vgl. Antwort auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion Drs. 20/10238 v. 13.12.2013. Ohne die Bewirtschaftungsreserve wären es rd. 3,5 Mio. € weniger als 2012.

# Menschen in Hamburg brauchen Grün im Quartier

## 15. Wahl- prüfstein

Die Bezirke stellen Bebauungspläne auf und sorgen auch für die Gestaltung und Pflege öffentlicher Freiräume und Spielflächen. Sie nehmen damit nicht nur einen bedeutenden Einfluss auf die Stadtentwicklung, sondern auch auf die Möglichkeit der Bürger, ihre Grün- und Spielflächen im Alltag zu genießen. Die Lebensqualität in den Stadtteilen darf sich nicht allein am bezahlbaren Wohnraum orientieren. Grünflächen sind keine Reserveflächen für den Wohnungsbau. Unversiegelte Grün- und Baumflächen und Parks haben Erholungswert, verbessern Luft und Kleinklima und dienen als unverzichtbare Begegnungsstätten. Sport und Freizeitaktivitäten können sich so vor Ort entwickeln, so dass auch alte, behinderte, bewegungseingeschränkte Menschen und Familien davon profitieren. Insofern ist ökologische Politik auch zugleich Sozialpolitik. Wir fordern daher eine Politik vor Ort, die auch auf die Entfaltung und Erholung im Grünen setzt.

# Beratungsstellen im SoVD Landesverband Hamburg

Viele Menschen haben Anspruch auf Leistungen aus den sozialen Sicherungssystemen, stoßen aber immer wieder auf folgende Fragen:

- In welcher Lebenslage kann ich welche Leistungen erhalten?
- Woher bekomme ich diese Leistungen?

Der SoVD Hamburg hilft seinen Mitgliedern und berät zu allen Fragen des Sozialrechts. Wir informieren Sie darüber, was Ihnen zusteht, und helfen Ihnen bei der Antragstellung und bei Widersprüchen oder Klagen gegen ablehnende Bescheide. Informieren auch Sie sich in einer unserer Beratungsstellen in Ihrer Nähe:

- Landesgeschäftsstelle, Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg  
Montag bis Mittwoch 9-16 Uhr, Donnerstag 9-18 Uhr, Freitag 9-14 Uhr
- Wendenstraße 408, 20537 Hamburg  
Montag bis Mittwoch 9:30-12 Uhr, Donnerstag 13:30-15:30 Uhr  
und nach Vereinbarung
- August-Krogmann-Str. 52, 22159 Hamburg im Berufsförderungswerk, Haus W  
Montag 10-12 Uhr, Freitag 13-15 Uhr
- Langenfelder Straße 35, 22769 Hamburg  
Dienstag 10-12 Uhr, Donnerstag 9:30-12 Uhr
- Winsener Straße 13, 21077 Hamburg  
Montag 14:30-17:30 Uhr, Mittwoch 10-12 Uhr, Do 15-18 Uhr
- Alte Holstenstraße 30, 21031 Hamburg im Marktkauf-Center (BAG)  
Montag 13-15 Uhr, Freitag 10-12 Uhr
- Böverstland 38, 22547 Hamburg, Stadtteilhaus Lurup  
Jeden 3. Donnerstag im Monat von 14-17 Uhr
- Tangstedter Landstr. 33, 22415 Hamburg, Bürgerbüro Gulfam Malik  
jeden 1. Donnerstag im Monat, 16-18 Uhr
- Dernauer Straße 27a, 22047 Hamburg, »Treffpunkt plus« in Hinschenfelde  
jeden 2. Donnerstag im Monat, 16-18 Uhr
- Charlottenburger Straße 1, 22045 Hamburg, im Jenfeld-Haus  
jeden 4. Donnerstag im Monat 16-18 Uhr

Berufsunfähigkeit  
Pflegefall

Arbeitslosigkeit

Behinderung

Altersarmut

Soziale Härte kann  
jeden treffen. Unsere  
Beratung schützt  
Sie davor.

Jetzt Mitglied werden:

[www.sovd-hh.de](http://www.sovd-hh.de)

oder anrufen:

040 / 611 60 70

**SoVD**

Sozialverband  
Deutschland

